



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11/2 Sgr. Inserionsgebühren für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in der Zeitungschrift 1 1/2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 176. Mittag-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Montag, den 14. April 1862.

### Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

**London, 12. April.** Die mit dem Dampfer „Hansa“ eingetroffenen Nachrichten aus Newyork reichen bis zum 29. v. M. Nach denselben hat der Senat zur Erbauung von Panzerschiffen 13 Mill. Dollars votirt. Das Centrum der Unionsarmee am Potomac war siegreich bis Warrentown vorgerückt.

Nach Berichten aus Vera-Cruz war ein meuchelmörderisches Attentat auf Almonte mißglückt.

**Kassel, 12. April.** Das „Frankf. Journal“ ist durch einen Beschluß des Ministeriums des Innern in Kurhessen verboten worden.

**Konstantinopel, 12. April.** Alle Mächte, Frankreich ausgenommen, sind damit einverstanden, daß die türkischen Truppen in Montenegro einrücken. Omer Pascha hat Befehl erhalten, die Operationen unverzüglich zu beginnen.

**Paris, 11. April.** Die „Patrie“ meldet, Marquis v. Lavalette sei in Privat-Angelegenheiten nach London gereist.

### Preußen.

**Berlin, 12. April.** [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Dresden, Kammerherrn von Savigny, den Stern zum rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub, dem Fortifications-Secretair a. D., Rechnungsrath Hille zu Hirschberg, den rothen Adlerorden vierter Klasse und dem Ritter Huth zu Zanow, im Kreise Schlawe, das allgemeine Ehrenzeichen; ferner dem Kreisphysikus, Sanitäts-Rath Dr. Becker zu Mühlhausen den Charakter als Geheimer Sanitäts-Rath zu verleihen.

Am kneipbischen Gymnasium zu Königsberg i. Pr. ist dem Oberlehrer Dr. Schwidow das Prädikat „Professor“ beigelegt worden.

[Patente.] Dem Techniker G. Hübler in Berlin ist unter dem 10. April d. J. ein Patent auf einen Kubisirungs-Apparat zum Messen des in den Brenneren erzeugten Weingeistes in seiner ganzen durch Zeichnung und Beschreibung nachgenannten Zusammensetzung auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des preussischen Staates ertheilt worden.

Dem Mechaniker J. M. Maerz hier selbst ist unter dem 10. April 1862 ein Patent auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene, für neu und eigentümlich erkannte Vorrichtung, die Zähne an Sägeblättern anzuschneiden, ohne Jemanden in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des preussischen Staates ertheilt worden.

Dem Kaufmann J. F. Brillwitz zu Berlin ist unter dem 8. April d. J. ein Patent auf eine nach der vorgelegten Zeichnung und Beschreibung für neu und eigentümlich erachtete Pumpe, ohne Jemanden in der Anwendung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staates ertheilt worden.

Dem Schloffer Hermann Urbahn zu Berlin ist unter dem 10. April d. J. ein Patent auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene, für neu und eigentümlich erachtete Feilenbau-Maschine, ohne Jemanden in der Benutzung bekannter Theile und Anordnungen zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staates ertheilt worden.

**Berlin, 12. April.** [Statt einer Widerlegung zur Abwechslung eine offizielle Bestätigung.] Der frankf. „Zeit“ wird von hier mitgetheilt:

„Als der König am 18. März das neue Ministerium vor sich beschied, betonte er die Nothwendigkeit einer parsimonen Verwaltung, insbesondere für das Ressort des Kriegsministeriums. Mit Rücksicht hierauf fand eine Konferenz des Finanzministers und des Kriegsministers einige Zeit später bei Sr. Majestät statt, und der König ergriff den Gedanken, eine Commission von Generalen, ähnlich wie vor einigen Jahren, zusammenzubringen, welche die Zulässigkeit von Ersparnissen in Betrachtung nehmen solle. Alle diese Einleitungen waren bereits getroffen, ehe der Brief des Finanzministers geschrieben, über doch ehe er an oberster Stelle bekannt geworden war.“

Darauf antwortet die „Sternz.“: „Wir sind in der Lage, die Richtigkeit dieser Mittheilung unter der näheren Angabe bestätigen zu können, daß, während das bekannte Schreiben des Herrn Finanzministers an den Kriegsminister erst am 5. d. Mts. in die Öffentlichkeit trat, bereits am 4. der Herr Kriegsminister die Einsetzung einer Commission von Sachverständigen beantragt hatte, um seine Ansichten durch das erfahrene Urtheil der Führer der Armee berichtigt oder bestätigt zu sehen. Es ist daher in keiner Weise zutreffend, wenn von einem großen Theil der Presse die Niedersetzung der von uns gemeldeten Commission höchstkommandirender Generale in einen ursächlichen Zusammenhang mit der Veröffentlichung des bekannten Schreibens des Herrn Finanzministers gebracht wird; und eben so wenig erscheint es der Sachlage entsprechend, wenn man unsere Mittheilungen über die in Erwägung genommenen Vorlagen für die bevorstehende Sommer-Session als dadurch hervorgerufen darstellt.“ (Aus alledem geht hervor, daß die Bestätigungen der „Sternz.“ ebenso theils nutzlos, theils nichtsagend sind, wie ihre Berichtigungen. D. Red. d. Bresl. Z.)

In Betreff des Berichts der „Kreuz.“ über das von den Herren v. d. Heydt, v. Roon und Graf Bernstorff entworfene Programm, welches sie dem liberalen Minister entgegenstellten, bemerkt eine gewöhnlich gut unterrichtete Correspondenz der „Köln. Z.“: Nach zuverlässigen und zugegangenen Mittheilungen mag die Frage angeregt worden sein, ob der Steuerzuschlag nicht vielleicht zu ermäßigen sei; daß aber das Programm der drei genannten Minister dahin gelautet habe, ihn ganz fallen zu lassen, müssen wir bis auf Weiteres bezweifeln. Sollte es, was wir nicht glauben, geschehen sein, so müßte es ein sehr vag andeuter Wunsch gewesen sein. Daß die Herren v. d. Heydt und v. Bernstorff den letzteren Theil der von der „Kreuzzeitung“ mitgetheilten Erklärung abgegeben haben, daß „Ob und Wie“ der Ersparungen allein der Entscheidung des Kriegsministers überlassen zu wollen, stimmt auch ganz mit unsern Nachrichten überein.“ Hiernach hat das Schreiben des Herrn v. d. Heydt mit seinen eingehenden Erörterungen und präcificirten Forderungen allerdings die Sache in ein ganz anderes Stadium hinübergeführt.

**Berlin, 13. April.** [Das v. d. Heydt'sche Schreiben.] Der „Publiz.“ schreibt: „Wenn, wie jetzt mit voller Bestimmtheit versichert wird, der Kriegsminister v. Roon es selbst gewesen ist, der von dem v. d. Heydt'schen Schreiben metallographirte Abzüge hat anfertigen und an eine Anzahl seiner Räte hat verteilen lassen, und wenn es ferner sicher ist, daß diese Metallographien in den Bureau von Hand zu Hand gezeigt worden sind, dann muß man sich erst recht höchlich darüber verwundern, daß wegen der Veröffentlichung ein solcher Rumor gemacht worden ist, denn es lag ja alldenn selbst nicht einmal die Wahrscheinlichkeit einer Verschwiegenheitsverletzung vor. Wie man nun aber unter so bewandten Umständen vollends darauf hat kommen mögen, sich den Thatbestand eines Diebstahls als möglich zu denken, und wie man aus dieser Möglichkeit nun hinterher versuchen will, das eingeschlagene ganz ungewöhnliche und geräuschvolle Verfahren zu rechtfertigen, — das mögen Andere begreifen; wir vermögen es nicht.“

— Die „Ger.-Ztg.“ bemerkt zu derselben Angelegenheit: „Unsere Vermuthung, daß nach Ermittlung desjenigen Beamten, durch den, wenigstens indirekt, der „Voss. Ztg.“ der berühmte Heydt'sche Brief zugekommen war, die staatsanwaltlichen Schritte geschlossen sein und der Untersuchungsbefehl des Stadtgerichts nicht ferner mit dieser Angelegenheit zu thun haben würde, hat sich vollkommener bestätigt. Es ist ohne allen Zweifel, daß der Supernumerar Käbler in den Besitz des Briefes nicht durch eine criminalrechtlich strafbare Handlung gekommen ist, die Ansicht, daß ein schwerer Diebstahl vorliege — die bekannte Depeschen Diebstahls-Geschichte mag wohl auf diese Rechtsansicht geführt haben — ist vielmehr ganz geschwunden. Daß nur aus dieser Ansicht allein das Einschreiten der Staats-Anwaltschaft resp. des Untersuchungsbefehls hervorgegangen, können wir mit Bestimmtheit versichern. Herr Käbler hat übrigens seinen Vordermann, von dem er den Brief erhalten und dieser wieder seinen Vordermann, genannt, es ist also in Betreff seiner noch sehr zweifelhaft, ob man ihm eine Verletzung der Amtsverschwiegenheit nachweisen kann, da er mit dem Schreiben amtlich gar nichts zu thun gehabt haben soll. Vorläufig ist er freilich ebenso wie seine beiden beteiligten Kollegen außer Amtsfunktion gesetzt und ist ein Intendantur-Assessor mit der Führung der disciplinarischen Voruntersuchung betraut worden.“

[Protest.] Die „Volkzeitung“ erhält folgende Mittheilung (siehe Nr. 175 der Bresl. Z.): Das Lehrer-Collegium des berliner Gymnasiums zum grauen Kloster, an seiner Spitze der hochverehrte Direktor desselben, Herr Prof. Dr. theol. und phil. Bellermann, hat gegen das vom königl. Schul-Collegium ihm zur Kenntnismahme und Nachachtung übersandte Wahlrequisit des Ministers des Innern heute eine Verwahrung eingelegt, worin erklart, daß er jede Ausübung irgend eines Einflusses auf die freie Wahlthätigkeit der Staatsbürger für unvereinbar halte mit seinem dem Könige sowohl als der Verfassung geschworenen Eide. Hingugefügt wird die Erklärung der sämtlichen Lehrer des Gymnasiums, daß auch sie, treu ihrem Eide, unbeeinträchtigt durch jede äußere Einwirkung und nach eigener unabhängiger Ueberzeugung und von der Liebe zu König und Vaterland geleitet, ihr Wahlrecht auszuüben gedächten.

### Deutschland.

**Offenbach, 10. April.** [Altwater +.] Am 8. d. starb hier Hr. Altwater, Redacteur des „Offenb. Beobachters“, welcher sich um die Ausbreitung der volkswirtschaftlichen Bewegung in dieser Gegend große Verdienste erworben hat. Er war der Begründer des 1848—1852 in Frankfurt erschienenen „Deutschen Volkswirthes“, nachdem er bis dahin die „Stettiner Dffzeitung“ herausgegeben. In jeder Richtung die Freiheit der Arbeit vertretend, hat er außerdem als Mitarbeiter zahlreicher Zeitschriften die Lehren der Volkswirtschaft überall zu verbreiten gesucht, so daß er als einer der ersten Vorkämpfer der volkswirtschaftlichen Bewegung bei uns zu betrachten ist. (Fr. Z.)

### Italien.

**Turin.** [Erklärung Ratazzi's. — Agitation. — Werbe-Depot in Triest. — Die Reise des Königs.] Die Erklärung, welche Ratazzi in der Sitzung der Deputirtenkammer vom 8. April bei Gelegenheit der Interpellation Carraccioli über die Stellung des Tuilerien-Kabinetts zu Franz II. gab, lautet vollständig: „Die französische Regierung hat seit lange sich bemüht, den vertriebenen König zur Abreise aus Rom zu bestimmen, da seine Gegenwart daselbst der Ruhe in seinen früheren Staaten zuwider ist; die kaiserliche Regierung weiß es auch sehr wohl, daß Rom der Herd der reaktionären Verschwörungen geworden, und daß die wahrhaftigen Häupter des Räuberthums dort ihren Sitz aufgeschlagen haben. Alle Schritte des französischen Kabinetts sind aber bisher ohne Erfolg geblieben. Wir müssen aber doch fortwährend dasselbe angehen, damit es die Entfernung Franz II. durchsetze und die Zerstörung dieses Mittelpunktes der Verschwörungen bewirke, der sich in Rom unter dem Schatten des großmächtigen Banners von Frankreich gebildet hat.“

Wie weit übrigens die Agitation geht, ist durch die Verhaftung des Kapitulär-Bikars Antonio Canzio in Bologna in helles Licht gestellt worden. Die Verhaftung dieses Prälaten wurde in Folge der Hausdurchsuchungen angeordnet, die im erzbischöflichen Palaste und bei mehreren Geistlichen vorgenommen, und wobei eine Instruktion mit Beschlag belegt worden war, in welcher die geistliche Oberbehörde des erzbischöflichen Sprengels den Geistlichen befehlt, die Soldaten der italienischen Armee durch Verweigerung der Absolution zur Desertation zu veranlassen (zum Theil schon gemeldet), und sie zu ermahnen, ihren Kameraden, welche desertiren wollen, beihilflich zu sein.

Nach den neuesten Depeschen hat die italienische Regierung dem mit Wahrnehmung der österreichischen Angelegenheiten betrauten preussischen Gesandten in Turin lebhafteste Vorstellungen über das Werbe-Depot in Triest gemacht. In der That wurde dem neapolitanischen Blatt „Pop. d'Italia“ aus Triest vom 29. März geschrieben, daß von dort ungefähr 400 Briganti mit Spitzhut und rothem Hemde über Korfu nach der apulischen Küste abgegangen seien. Der Landungspunkt werde wahrscheinlich in der Nähe des Kap Santa Maria, und jedenfalls an der Küste zwischen dem Tronto und Manfredonia gewählt werden. Auch der „Perser.“ werden aus Triest, 5. April, neuerdings ähnliche Dinge gemeldet. Dagegen versichert die „Trierer Ztg.“, daß man in Triest nichts davon wisse. Es fragt sich nun, ob man die Augen absichtlich zudrückt.

Der König wird seine Reise nach Neapel, wie die „Nationalität“ berichtet, spätestens am 25. April antreten, doch nicht zur See, sondern auf dem Landwege in kleinen Tagereisen. Ratazzi wird den König begleiten, doch werden nach und nach auch die anderen Minister, einander ablösend, dem königlichen Gefolge sich anschließen. Von Neapel wird sich der König nach Sizilien begeben, und im Ganzen dieser Rundreise mehr als einen Monat widmen. Neuerdings tritt auch wieder das Gerücht auf, daß Garibaldi, der am 15. April nach Turin kommt, dort bis zum 20. verweilen, dann Modena und Bologna besuchen will, und um dieselbe Zeit wie der König in Neapel eintreffen werde.

### Frankreich.

**Paris, 10. April.** [Zur Tagesgeschichte.] Es ist immer noch unbestimmt, ob Hr. v. Lavalette nach Rom zurückkehrt oder nicht. Die widersprechendsten Gerüchte circuliren in dieser Hinsicht. Gewiß ist es jedoch, daß die französische Occupations-Armee verstärkt wird. Es wird unter anderen ein afrikanisches Jäger-Bataillon zu Pferde dorthin geschickt werden. Dasselbe ist dazu bestimmt, die Grenzen zu

überwachen. — Heute ist das Gerücht hier verbreitet, die Truppen Omer Pascha's seien in Montenegro eingerückt. Man glaubt hier, daß die Pforte dieses im Einverständnis mit England und Oesterreich gethan hat. In Paris gefällt ein solches Auftreten der Pforte natürlich nicht, und wie es heißt, wird letztere Nacht, und zwar im Verein mit Rußland, gegen das Einrücken der Türken in Montenegro Protest erheben. — Nach einer telegraphischen Depesche aus Douai war die heutige Sitzung im Prozesse Mirès eine äußerst stürmische. Mirès war bei der Rede des General-Prokurators außer sich gerathen. Er unterbrach denselben auf so heftige Weise, daß der Hof ihn aus der Gerichtssitzung auswies. Er hatte sich z. B. ein „Opfer seiner Verfolger“ genannt. (R. Z.)

### Großbritannien.

**London, 9. April.** Der „Great Eastern“, der abermals mit großen Kosten ausgebessert und angefrischen worden ist, wird am 6. des kommenden Monats wieder einmal eine Reise nach Newyork antreten, und denkt, wenn Alles gut geht, Mitte Juni nach Liverpool zurückzukehren. — Der Schrauben-Dampfer „Great Britain“ ist aus Melbourne mit Daten vom 29. Januar und einer Goldfracht von 60,367 Unzen angekommen. In Zimmerland Creek, bei dessen Vereinigung mit dem Waipori, hat man, nach der „Dtago Times“, neue Goldgebilde entdeckt. — Aus dem durch die Steinflotte auf ewig verschütteten Hafen von Charleston ist vorgestern wieder ein südstaatlicher Dampfer in Liverpool angekommen.

### Provincial-Beitrag.

**SS Breslau, 12. April.** [Wähler-Versammlung.] Die heutige Abend, zufolge Einladung des Vorstandes des Wahlvereins der Fortschrittspartei, im Springerschen Lokale stattgehabte Wähler-Versammlung war ungefähr 2000 Personen stark. Eröffnet wurde die Versammlung von dem Vereins-Vorsitzenden Hrn. Justizrath Simon mit der Anzeige über die erfolgte gesetzliche Anmeldung, worüber die poliz. Bescheinigung vorlag, und mit dem Antrag, die in den Zeitungen publicirte Tagesordnung zu genehmigen, was auch ohne Widerspruch geschah. Hierauf gab der Redner folgenden Rückblick auf die jüngsten Ereignisse. Als ich mich in der letzten Sitzung des Wahlvereins über die gegenwärtige Situation ausgesprochen, stand die Sache so, daß die Minister noch nicht klar zu erkennen gegeben hatten, in welcher Weise nach ihrer Ansicht die von ihnen für Beamten aller Grade publicirten Erlasse einen Einfluß haben sollten: ob nur in Betreff der Agitation, oder auch in Betreff der Wahlen? Damals schon wurde angenommen, daß in Folge des Ausdrucks der öffentlichen Meinung die Minister eine Erklärung dahin geben würden, daß den Beamten die Freiheit der Wahlen selbst unbenommen, dagegen eine Agitation im regierungsfeindlichen Sinne nicht zu billigen sei. Es ist auch so gekommen. Der Finanzminister hat ausdrücklich hervorgehoben, daß er keineswegs beabsichtigt habe, die Wahlfreiheit der Beamten zu beeinträchtigen. Es wird ein Beweis der Unabhängigkeit der Beamten sein, wenn sie sich durch jene Maßregeln nicht beeinflussen lassen. (Bravo!) Immerhin ist es ein erfreuliches Zeichen des Fortschritts, wenn die Bewegung der Geister, wie sie nicht erst seit Auflösung des Abgeordnetenhauses, sondern schon seit den letzten Wahlen sich kundgibt, in den gesetzl. Schranken und im Bewußtsein des guten Rechts sich vollzieht. Den Ministern liegt offenbar daran, zu erkennen zu geben, daß ihre Wählerliste, ihrer Ansicht nach, sich innerhalb der gesetzl. Schranken halten. Demunerachtet kann Niemand die durch jene Erlasse herbeigeführte Beeinflussung der Wahlen verkennen. Und so sind denn auch verschiedene Regierungs-Organe noch entscheidener in der Wahlagitation vorgeschritten, so daß selbst der Finanzminister sich veranlaßt gesehen hat, in mehreren Fällen solchen directen Einwirkungen der Regierungs-Organe auf Beamte und Arbeiter entgegenzutreten. Es kommt nun darauf an, daß das Volk selbst, die Urwähler, mit allen ihnen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln ihren Willen betätigen und kund geben, was sie von solchen Operationen halten. So beschränke mich darauf, dies angedeutet zu haben, und überlasse es Hrn. Dr. Stein das Weitere auszuführen, und derjenigen Männer und Corporationen zu gedenken, die sich bei diesem Conflict im volksthümlichen Sinne schon jetzt bethätigt haben. Wir bleiben nur noch eine Erwähnung in Betreff des Richterstandes übrig.

Der seit der letzten Versammlung erschienene Erlaß des Justiz-Ministers weicht seinem Ton und Inhalt nach von den Wahl-Erläufen der anderen Ministerien ab. Mag der Justizminister einen noch so conservativen Standpunkt einnehmen, so viel steht fest, daß aus dem Erlaß die Absicht hervorgeht, die Richter und Justizbeamten vollkommen frei zu lassen. Ausdamm aber war der Erlaß überhaupt nicht notwendig, wenn man auch für den Ressortchef das Recht der Anprache in so bewegter Zeit nicht bestreiten will. Der Justizminister hat den Richtern und den Justizbeamten weder die Theilnahme an den Wahlagitationen verwehrt noch die Erwartung über eine bestimmte Art der Wahl selbst ausgesprochen. Vielmehr ist der Kern dessen, was er gewahrt wissen will, die richterliche Unparteilichkeit. Indem Redner die einzelnen Sätze des Erlasses in diesem Sinne beleuchtete, kam er zu dem Schlusse: Der Minister spricht also aus, nicht, daß er eine Theilnahme an den Wahlagitationen überhaupt nicht wünsche, sondern diejenige Theilnahme, welche Zweifel an der unparteiischen Stellung des Richters auskommen lasse. Der Minister fügt aber hinzu: „Der Einsicht und dem Takte jedes Einzelnen glaube ich es hiernach überlassen zu dürfen, selbst zu bestimmen, in wie weit er sich bei den dem Wahlfalle vorausgehenden Versammlungen und sonst von solchen Bestrebungen zu enthalten habe, welche als eine besondere Parteinehmer aufgefaßt werden könnten; halte mich dessen aber verpönt, daß Jeder bei Ausübung seines verfassungsmäßigen Wahlrechts in Einklang mit den ihm durch sein Amt und den geleisteten Dienstleistungen auferlegten Pflichten bleiben werde.“ Das Letztere ist selbstverständlich.

Im Uebrigen ist zu behaupten: Wäre der Erlaß unterblieben, so würde das Verhalten der Richter und Justizbeamten bei der Wahlagitation und bei den Wahlen kein anderes sein, als es jetzt sein wird. (Lebhaftes Bravo.) Im ganzen Volke schätzt man am preussischen und deutschen Richterstande nichts höher, als die Unparteilichkeit der Rechtspflege. Der preussische Richterstand hat sie bethätigt zu allen Zeiten, auch in der Zeit des stärksten Absolutismus. Das Bewußtsein von der Unabhängigkeit der Richter und das Vertrauen zum preuß. Richterstande ist älter als die neueren Verhältnisse; es reicht zurück bis in die Zeit Friedrich d. Gr. Ich brauche Sie nur an den Müller von Sanssouci zu erinnern. (Bravo.) Dieses Palladium der preussischen und deutschen Rechtspflege wird auch ferner feststehen. Die Richter selbst werden darüber wachen. Ich glaube Ihrer Ueberzeugung Ausdruck zu geben, indem ich ausspreche, daß das Volk zu seinen Richtern das höchste Vertrauen hat, mögen sie einer Partei angehören, welcher es auch sei. (Lebhaftes Bravo. Die Versammlung erhebt sich.)

Herr Steg, welcher über den geschäftlichen Theil der Wahlorganisation zu berichten hatte, äußerte sich in folgender Weise: Die demokratische Partei nimmt wieder den Standpunkt ein, den sie einnehmen muß, will sie anders in das Staatsleben eingreifen: sie hat das Vertrauen zu sich selbst wieder gewonnen. Ich mache Anderen keinen Vorwurf, weil sie mehr Vertrauen in Personen und Verhältnisse außer ihrem Bereiche setzen; denn ich bin mir wohl bewußt, was für den Einen Krankheit oder Tod, für den Anderen notwendige Lebensbedingung ist. Sie haben Alle die Beschuldigung gehört, daß die Fortschrittspartei zu entschieden gegen das liberale Ministerium aufgetreten sei. Das ist es aber, wodurch sie sich von anderen Parteien unterscheidet, daß sie sich allem Unrecht entgegensetzt, ob Freund, ob Feind daran Schuld sei. Ebenso wenig wird irgend einem anderen wird sie dem conservativen Ministerium entgegenzutreten, wenn es das allgemeine Interesse des Landes im Auge behält, und das überhandnehmende Uebel zu mildern trachtet. Wie gesagt, ich mache keiner Partei einen Vorwurf, denn ich für meine Person weiß am allerbesten, daß man dem Nicht

Eisepool, 12. April. [Baumwolle.] 7,000 Ballen Umsatz. Preise fest. Upland 12 1/2, Orleans 12 1/2.

Berliner Börse vom 12. April 1862.

Table with columns for 'Fonds- und Geldcourse', 'Ausländische Fonds', 'Actien-Course', and 'Wechsel-Course'. It lists various financial instruments and their market prices.

zumuthen darf, anderswo zu leben, als in seinem Element, nämlich im Wasser. Sie alle kennen die Friedenspräliminarien, die Verbeisungen, welche das Ministerium in den jüngsten Tagen ins Land geschickt hat.

M. H. Seit der Zeit der sogenannten „neuen Aera“ sind so manche schöne Hoffnungen zu Grabe getragen, sind die Sympathien für Preussens Führung aus allen Gauen Deutschlands geschwunden, wir haben darüber zu machen, daß der preussische Name nicht in die Acht erklärt werde, gerade darum ist es notwendig, daß wir unsere Schuldigkeit thun.

Hierauf betrat Hr. Dr. Stein die Rednerbühne und äußerte sich über die Bedeutung der Wahlen und über die Situation etwa wie folgt: M. H. Fast fürchte ich Sie zu beleidigen, wenn ich noch über die Bedeutung der jetzigen Wahlen spreche.

Heutzutage wird wohl Niemand mehr glauben, daß die Auflösung des Abgeordnetenhauses wegen des Hagen'schen Antrages erfolgt sei, sondern wie Jeder weiß, weil man regierungsfreudig ebenfalls eingesehen, daß ein solcher Wendepunkt eingetreten sei.

Heute, 12. April, Mittags 1 1/2 Uhr. 3proz. Rente 70, 05. Creditmobiler 820. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 540.

Paris, 12. April, Nachm. 3 Uhr. Die 3proz. eröffnete zu 70, 05 und schloß unbelebt zur Notiz. Schluß-Course: 3proz. Rente 70, 10.

London, 12. April, Nachm. 3 Uhr. Silber 61 1/2. Schönes Wetter. Confolis 93 1/2. 1proz. Spanier 43. Meritaner 32 1/2.

Wien, 12. April, Mit. 12 Uhr 30 Min. Fest und beliebt. 5proz. Metall. 70, 25. 4 1/2proz. Metall. 61, 50.

einmal in der Lage, mit der „Kreuzzeitung“ übereinzustimmen, nämlich, daß eine Reaction eine solche in der inneren auch in der äußeren Politik zur Folge habe. Wenn die freisinnigen Gesetze zurückgelegt werden, so ist das schon ein Rückschritt, denn jeder Stillstand in der Zeit der Eisenbahnen und der Telegraphie ist ein Rückschritt.

Schließlich machte der Vorsitzende aufmerksam, daß jeder Urwähler die Listen in der durch die Zeitungen bekannt gemachten Zeit (vom 14-16. d. M.) im Magistratsbureau einlesen möge, da bei früheren Wahlen, viele Wahlberechtigte, zumal junge Leute, die man für unselbständig hielt, übergegangen wurden.

Breslau, 14. April. [Polizeiliches.] Polizeilich mit Beschlag belegt: zwei Paar hölzerne Wasserkannen.

Meteorologische Beobachtungen. Table with columns: Stationen, Barometer, Temperatur, Wind, Allgemeiner Witterungs-Zustand. Lists data for various stations like Wien, Paris, Berlin, etc.

Breslauer Sternwarte. Table with columns: Date, Abds., Morg., and weather observations from Breslau's observatory.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten. Paris, 12. März, Mittags 1 1/2 Uhr. 3proz. Rente 70, 05. Creditmobiler 820. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 540.

Berlin, 12. April. Die Vorbörse in Wien setzte eine weniger günstige Valuta-Notierung voraus, gleichwohl kamen die Effectencourse von dort höher, und die eigentlichen Börsencourse dementsprechend denn auch die Befürchtung.

Berlin, 12. April. Weizen loco 65-77 Tblr. nach Qualität, weißer bunter schleif. 75 Tblr. ab Bahn bez. - Roggen loco 78-79 1/2 50% Tblr. 80-81 1/2 51% Tblr. bez. - 2 Ladungen 80-82 1/2 51% Tblr. bez.

Breslau, 14. April. Wind: Süd-Wst. Wetter: schön. Thermometer Früh 3 Wärme. Der Geschäftverkehr am heutigen Markte kann nicht als ein Bild besonderer Regsamkeit bezeichnet werden.

Weizen fand in den besseren, schwereren Sorten gute Beachtung; pr. 85 1/2 Sgr. weißer 75-85 Sgr., gelber 75-84 Sgr., geringer und blaupigiger 65-72 Sgr.

Montag, den 14. April. (Gewöhnl. Preise.) Erstes Casspiel des I. Hofburgschaupielers Hr. Lewinsky: „Die Räuber.“

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein in Breslau. Druck von Graf, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.